Satzung des „Bogensportverein Weingarten“

§1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen „Bogensportverein Weingarten“. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt nach der Eintragung den Zusatz „e.V.“.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in 88250 Weingarten.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§2 Zweck, Aufgaben, Gemeinnützigkeit des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Zweck des Vereins ist die Förderung des Bogensports in allen seinen Ausübungsmöglichkeiten.
- (3) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Durchführung sportlicher Gemeinschaftsveranstaltungen und der Förderung sportlicher Übungen und Leistungen.
- (4) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (5) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§3 Mitgliedschaft des Vereins in Verbänden

- (1) Zur Durchführung des in §2 formulierten Zwecks des Vereins ist eine Mitgliedschaft in einem oder mehreren Verbänden, deren Satzung der Verein anerkennt, notwendig.
- (2) Der Verein ist Mitglied des Württembergischen Landessportbundes e.V., des Württembergischen Schützenverbandes 1850 e.V. und – dadurch auch mittelbares Mitglied des Deutschen Schützenbundes e.V., deren Satzungsbestimmungen, Ordnungen, Entscheidungen und Beschlüsse der Verein und seine Mitglieder als für sich bindend anerkennen.

§4 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können nur natürliche Personen werden, welche die Ziele des Vereins unterstützen.
- (2) Jedes Mitglied hat eine einmalige Aufnahmegebühr und einen jährlichen Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Deren Höhe und Fälligkeit richtet sich nach der Beitragsordnung des Vereins, welche durch die Mitgliederversammlung zu beschließen ist.

- (3) Neben dem Mitgliedsbeitrag kann der Verein von seinen ordentlichen Mitgliedern Umlagen für zweckgebundene Investitionen erheben, wenn es im Einzelfall erforderlich ist. Diese Umlage und die Höhe der Umlage (diese darf maximal die 3-fache Höhe eines Jahresbeitrages sein und darf maximal 1x jährlich erhoben werden) ist von der Mitgliederversammlung auf Antrag des Vorstandes zu beschließen. Der Antrag muss die Erforderlichkeit erläutern. Einzelheiten und Ausnahmen werden in der Beitragsordnung des Vereins festgelegt.
- (4) Der Verein hat die folgenden Mitglieder:
- Jugendliche Mitglieder
 - Ordentliche Mitglieder
 - Fördernde Mitglieder
 - Ehrenmitglieder
 - Probemitglieder
- (5) Der Mitgliedsantrag erfolgt schriftlich gegenüber dem Vorstand. Dieser entscheidet hierüber nach freiem Ermessen; eine Mitteilung von Ablehnungsgründen an den Antragsteller ist nicht erforderlich. Eine Anfechtung ist nicht möglich.
- (6) Jedes Neumitglied ist Probemitglied. Die Probemitgliedschaft endet nach einem halben Jahr. Über die Weiterführung der Mitgliedschaft nach der Probezeit entscheidet der Vorstand.
- (7) Der Aufnahmeantrag Minderjähriger oder nicht voll geschäftsfähiger Personen bedarf der Unterschrift des gesetzlichen Vertreters. Die Unterschrift gilt gleichzeitig als Zustimmung zur Wahrnehmung von Mitgliederrechten und Pflichten. Die gesetzlichen Vertreter verpflichten sich damit zur termingerechten Zahlung der Mitgliedsbeiträge, z.B. bis zum Ablauf des Kalenderjahres in dem die Volljährigkeit erreicht wird.
- (8) Personen die sich um die Förderung des Sports und der Jugend verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Vorstands von der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Ehrenmitglieder sind von der Beitragszahlung befreit.
- (9) Rechte der Mitglieder
- Jedes Mitglied hat das Recht, bei der Umsetzung der Vereinszwecke aktiv mitzuwirken und an gemeinsamen Veranstaltungen teilzunehmen. Jedes Mitglied hat nach Vollendung des 15. Lebensjahres gleiches Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung.
 - Jedes Mitglied hat im Rahmen des Vereinszwecks den gleichen Anspruch auf Nutzung von Vereinseigentum sowie auf Hilfestellungen durch Rat und Tat, vermittelt durch den Vereinsvorstand. Probemitglieder dürfen das Vereinseigentum nur im Beisein eines ordentlichen Mitglieds nutzen.

(10) Pflichten der Mitglieder

- a. Jedes Fördermitglied ist verpflichtet den Jahresbeitrag zu zahlen, Näheres regelt die Beitragsordnung.
- b. Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Interessen des Vereins zu fördern.
- c. Jedes jugendliche Mitglied, jedes ordentliche Mitglied und jedes Probemitglied ist verpflichtet Beiträge zu zahlen und Arbeitsstunden abzuleisten, Näheres regelt die Beitragsordnung.
- d. Jedes Mitglied ist verpflichtet dem Leitbild des Vereins zu folgen.
- e. Die Mitglieder sind verpflichtet, den Verein über Änderungen ihrer persönlichen Verhältnisse schriftlich zu informieren. Dazu gehören insbesondere:
 - Mitteilung bei Veränderung der Anschrift und/oder der Email-Adresse.
 - Veränderung der Bankverbindung bei der Teilnahme am Bankeinzugsverfahren.
 - Mitteilung von persönlichen Veränderungen die für das Beitragswesen relevant sind (Beendigung der Schulausbildung etc.).

(11) Die Mitgliedschaft endet mit dem Tod, Austritt oder Ausschluss aus dem Verein.

- a. Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären. Der Austritt kann nur mit einer Frist von vier Wochen zum Ende des Geschäftsjahres erklärt werden.
- b. Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es
 - Schuldhaft das Ansehen oder die Interessen des Vereins in schwerwiegender Weise geschädigt hat.
 - Mehr als drei Monate mit der Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist und trotz schriftlicher Mahnung unter Setzung einer Zahlungsfrist von wenigstens vier Wochen sowie Androhung des Ausschlusses die rückständigen Beiträge nicht eingezahlt hat.
- c. Jedes Mitglied ist berechtigt bei der Vorstandschaft unter Angabe von Gründen den Ausschluss eines anderen Mitglieds zu beantragen

(12) Dem auszuschließenden Mitglied ist Gelegenheit zu geben, in der Mitgliederversammlung zu den Gründen des Ausschlusses Stellung zu nehmen. Diese sind ihm schriftlich nebst Belehrung mindestens zwei Wochen vorher mitzuteilen.

§ 5 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand

- (1) Dem Vorstand des Vereins obliegt die Vertretung des Vereins nach § 26 BGB und die Führung seiner Geschäfte. Der Vorstand des Vereins besteht aus dem/der Vorsitzenden, seinem/ihrer Stellvertreter/-in, einem/-r Schriftführer/-in und dem/der Kassenwart/-in. Jeder (Vorsitzender, Stellvertreter, Schriftführer, Kassenwart) ist einzelvertretungsberechtigt.
- (2) Die Mitgliederversammlung beschließt, ob und in welcher Anzahl weitere, nicht vertretungsberechtigte Vorstandsmitglieder gewählt werden.

- (3) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, insbesondere für
 - Die Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlungen einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung.
 - Die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung.
 - Die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Anfertigung der Jahresberichte.
 - Die Aufnahme neuer Mitglieder.
- (4) Die Vorstandschaft setzt die Vereinsmitgliedschaft voraus. Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand für die Dauer von zwei Jahren (beginnend mit der Feststellung der Wahl). Eine Wiederwahl oder die vorzeitige Abberufung eines Mitglieds durch die Mitgliederversammlung sind zulässig. Ein Mitglied bleibt nach Ablauf der regulären Amtszeit bis zur Wahl seines Nachfolgers im Amt. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Vorstand aus, so sind die verbleibenden Mitglieder berechtigt, ein Mitglied des Vereins bis zur Wahl des Nachfolgers durch die Mitgliederversammlung in den Vorstand zu wählen.
- (5) Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen, jedoch mindestens 4x jährlich. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter einberufen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Er fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.
- (6) Die einzelvertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder sind an die Mehrheitsbeschlüsse des Vorstands gebunden.
- (7) Die Beschlüsse des Vorstands sind zeitnah zu protokollieren. Das Protokoll ist vom Schriftführer, hilfsweise von einem anderen teilnehmenden Vorstandsmitglied zu schreiben.

§ 6 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist zuständig für die Entscheidungen in folgenden Angelegenheiten:
 - Änderung der Satzung.
 - Auflösung des Vereins.
 - Ernennung von Ehrenmitgliedern sowie den Ausschluss von Mitgliedern aus dem Verein.
 - Die Wahl und die Abberufung der Mitglieder des Vorstandes.
 - Die Entgegennahme des Jahresberichtes und die Entlastung des Vorstandes.
 - Die Festsetzung der Aufnahmegebühr, der Mitgliedsbeiträge und evtl. nötiger Umlagen.
 - Bestellung von Ausschüssen, Delegierten und Rechnungsprüfern.
 - Anträge von Mitgliedern zur Mitgliederversammlung.
- (2) Mindestens einmal im Jahr, möglichst im ersten Quartal, hat der Vorstand eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Die Einberufung erfolgt per Email unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen und unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung folgenden Tag. Mitglieder die keine Email empfangen können erhalten die Einladung schriftlich.
Die Einladungen sind an die letzte dem Verein bekannte Mailadresse bzw. Postadresse des einzelnen Mitglieds zu richten.
- (3) Den Versammlungsort und die Tagesordnung setzt der Vorstand fest. Jedes Vereinsmitglied kann bis spätestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich oder per Email eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen.

- (4) Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn mindestens 10% der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragen. Soweit die Umstände dies zulassen ist eine Ladungsfrist von zwei Wochen einzuhalten und die Tagesordnung mit der Einladung bekannt zu geben.
- (5) Die Mitgliederversammlung wird von dem/der Vorsitzenden, bei dessen/deren Verhinderung von seinem/ihrem Stellvertreter/-in und bei dessen/deren Verhinderung von einem durch die Mitgliederversammlung zu wählenden Versammlungsleiter geleitet. Bei Wahlen kann die Leitung für die Dauer der Wahl einem Wahlausschuss übertragen werden.
- (6) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen.
- (7) Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Mitglied dies beantragt. Zur Beschlussfassung erforderlich ist die einfache Mehrheit der gültigen, abgegebenen Stimmen. Zur Satzungsänderung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit, zur Vereinsauflösung eine Neun-Zehntel-Mehrheit erforderlich. Änderungen des Vereinszwecks erfordern die Zustimmung aller Mitglieder; Nichterschienene können diese nur binnen eines Monats gegenüber dem Vorstand erklären. Die Frist beginnt mit dem auf die Mitgliederversammlung folgenden Tag.
- (8) Über den Ablauf der Mitgliederversammlung und die gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen. Dieses ist vom Protokollführer und vom Versammlungsleiter zu unterschreiben.

§ 7 Auflösung, Beendigung aus anderen Gründen, Wegfall steuerbegünstigter Zwecke

- (1) Sofern die Mitgliederversammlung die Auflösung des Vereins beschließt, sind der 1. Vorsitzende sowie sein Stellvertreter gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren, sofern die Mitgliederversammlung keine anderen Liquidatoren bestellt. Dies gilt entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.
- (2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Weingarten, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

Die vorstehende Satzung wurde in der Gründungsversammlung vom 09.04.2016 verabschiedet (zuletzt geändert am 01.06.2016).